

2008-06-23

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 06.05.2008

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort:

Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit des Gremiums sowie der form- und fristgerechten Ladung

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, stellte er die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Bestätigung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung machte **Herr Schönemann** darauf aufmerksam, dass der Tagesordnungspunkt 6.1.2 Verkehrskonzept im Bereich der Museumskreuzung auf eine der nächsten Sitzungstermine vertagt werde.

Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM, stellte den **Antrag**, die Tagesordnungspunkte 5.6 – „Verkehrsrechtliche Umwidmung der Zerbster Straße im Bereich des Marktplatzes von einer Fußgängerzone in einen verkehrsberuhigten Bereich und Ausweisung von Kurzzeitparkplätzen in diesem Bereich – Vorlage DR/BV/135/2008/PD/NF“ sowie 5.7 – „Errichtung von Parkmöglichkeiten auf dem Marktplatz Zerbster Straße - Vorlage DR/BV/187/2007/DE/FV“ vorzuziehen und als Tagesordnungspunkte 5.1 sowie 5.2 zu behandeln. Einen weiteren **Antrag** stellte Herr Böhler hinsichtlich der Zurückstellung des Tagesordnungspunktes 7.1 – „Vergabe von Planungsleistungen“ auf den nächsten Sitzungstermin am 24.06.2008, da die Einarbeitung weiterer Kriterien zur Entscheidungsfindung für die Vergabe als notwendig erachtet werde.

Nach einstimmiger Zustimmung zum erstgenannten Antrag mit dem

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

erläuterte **Frau Jung, Tiefbauamt**, mit der späteren Beauftragung der Planungsleistungen, die Konsequenzen der Vertagung des Tagesordnungspunktes 7.1 auf den 24.06.2008. Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

3 : 3 : 0

Weitere Ergänzungen oder Änderungswünsche wurden nicht vorgebracht, so dass die Tagesordnung in der geänderten Form bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Stadtpflege vom 23.01.2008**

Zum Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Stadtpflege vom 23.01.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es einstimmig bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

- 2. Genehmigung der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 25.03.2008**

Zum Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt sowie des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus vom 25.03.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es einstimmig bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

- 3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 08.04.2008**

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 08.04.2008 wurden keine Änderungsanträge oder Ergänzungsbedarf geäußert, so dass es einstimmig bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

- 4. Öffentliche Informationsvorlagen**

- 4.1. B- Plan Nr. 212 "Klinik- und Gesundheitszentrum" - Durchführung der**

frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung **Vorlage: DR/IV/030/2008/VI-61**

Ziel des Bebauungsplans sei es, so **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, einführend, den Bestand und die Entwicklungsperspektiven des Klinikstandortes langfristig zu sichern.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Kenntnis genommen.

5. Öffentliche Beschlussvorlagen

5.1. Verkehrsrechtliche Umwidmung der Zerbster Straße im Bereich des Marktplatzes von einer Fußgängerzone in einen verkehrsberuhigten Bereich und Ausweisung von Kurzzeitparkplätzen in diesem Bereich (Ausreichung der Beschlussvorlage erfolgte bereits zur Sitzung am 08.04.2008)

Vorlage: DR/BV/135/2008/PD/NF

Als Grundlage der Beschlussvorlage vom 09.10.2007 beschrieb **Herr Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / Neues Forum**, die durchgeführte Befragung mit positivem Votum sowie den Gestaltungsvorschlag zur Errichtung von Kurzzeitparkplätzen. Nachdem die Entscheidungsfindung wegen der Erarbeitung des Einzelhandelgutachtens verschoben wurde, dessen Auswertung die Zerbster Straße mit einer 1 c – Lage beschreibe, sei die Verlagerung der Einkaufsströme in Richtung Kavallerstraße eindeutig gegeben. Der inzwischen durch die Verwaltung erarbeitete Vorschlag zur Errichtung weiterer Stellplätze in der Flössergasse entspreche nicht den Vorstellungen der Einzelhändler der Zerbster Straße.

Die Beschlussvorlage zur Umwidmung in einen verkehrsberuhigten Bereich sei Grundlage für die Umgestaltung der Zerbster Straße entsprechend der Beschlussvorlage, die im folgenden Tagesordnungspunkt zu behandeln sei.

Die Vorlage als nicht überzeugend bezeichnend, kritisierte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, die Basis der Umfrage. Für ihn sei die Mehrheit nicht 791 Stimmen sondern entsprechend der Einwohnerzahl 45.000. Des Weiteren spreche das Einzelhandelgutachten dem Rathauscenter eine 1 a – Lage zu und dem Randbereichen eine 1 c – Lage, ohne eine Unterscheidung mit oder ohne Stellplätze in Betracht zu ziehen. Die vorgesehenen Stellplätze bringen nicht die gewünschte Entwicklung in der Zerbster Straße, wirken eher der positiven Tendenz der Gastronomie entgegen. Ebenso habe die DWG in diesem Bereich kein Vermietungsproblem und keinen Leerstand. Er plädiere dafür, mit dem neuen Angebot in der Flössergasse die weitere Entwicklung abzuwarten und der Zerbster Straße die Chance einer Fußgängerzone zu erhalten. Beide Beschlussvorlagen seien daher abzulehnen.

Entgegenend wies **Herr Böhler** darauf hin, dass das Einzelhandelsgutachten der Kavallerstraße die Entwicklung zu einer 1 b – Lage und der Zerbster Straße keine zusätzliche Laufkundschaft zuspreche.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau, sprach sich dafür aus, die skizzenhaft dargestellte Lösung zur Errichtung von Kurzzeitparkplätzen weiter zu qualifizieren sowie die Regelungen zur Anlieferung der Händlerschaft zu erweitern.

Man habe sich intensiv mit dem Vorschlag der Fraktion Pro Dessau / Neues Forum auseinandergesetzt, so **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**. Wenn eine Umwidmung zu einem verkehrsberuhigten Bereich erfolge, müsse man alle Fahrzeuge zulassen, wobei die vorgesehene Materialwahl einer Fußgängerzone entspreche und die Anlieger auch die entsprechenden Beiträge zahlten. Als weiteren Aspekt beschrieb er das notwendige Freiräumen des Platzes für Veranstaltungen in diesem Bereich.

Von einem Untergang der Zerbster Straße gehe selbst das Einzelhandelsgutachten nicht aus, wohl aber von einem strukturellen Wandel hin zur Gastronomie.

In der weiteren Entwicklung dieses Bereich stelle sich für ihn ebenso die Frage der Glaubwürdigkeit gefasster Entscheidungen und der Kontinuität in der Entwicklung der Stadt.

Demnach sei es notwendig, die anstehende Entscheidung sorgfältig abzuwägen, da eine Umwidmung unwiderrufliche Tatsachen schaffe. Seitens der Verwaltung wurde mit dem Vorschlag zur Reduzierung des strukturellen Parkraumdefizits eine Alternative aufgezeigt.

Als einen weiteren Aspekt der Aufwertung der Zerbster Straße, bezeichnete **Herr Schönemann** die Verlagerung von Teilen des Busverkehrs, über die heute noch abzustimmen sei.

Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / Neues Forum, bezeichnete die Vorlage zur Umwidmung der Zerbster Straße als Reaktion auf die nicht bestehende Möglichkeit innerhalb von Fußgängerzonen Stellplätze zu errichten. Demnach sei die Umwidmung die grundlegende Entscheidung und die Ausführung der Stellplätze wäre zu diskutieren. Sicher gebe es zur Fußgängerzone oder zu einem verkehrsberuhigten Bereich verschiedene Meinungen. Am konkreten Standort sei das Resultat jedoch viel Platz und Pflaster, wenig Menschen, keine spielenden Kinder und keine Kunden. Notwendig sei eine vernünftige Lösung, die sich gestalterisch einbinde und ebenso eine Verknüpfung mit Veranstaltungen biete. Auch für die Gastronomen solle der Verkehr nicht beeinträchtigend wirken.

Die Misere der Zerbster Straße und der dortigen Händler ist eine Misere der Stadtentwicklung, der fehlenden Pole, stellte **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, fest. Sicher sei, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen kein Aufwiegen der falschen Grundlagen bedeuten, eher der Vor- oder Nachteile des Einen oder Anderen. Eine konzeptionelle Gesamtlösung zur Qualifizierung des Marktes erreiche man nur auf der Grundlage eines Wettbewerbs. Der Nachbesserungsbedarf für den unbefriedigenden Zustand sei unbestritten und Anregungen liegen vor. Als sein Resümee beschrieb er, der Vorlage keine Zustimmung zu geben und den Platz weiter zum Nutzen der Händler und Gastronomen aufzuwerten.

Herr Schönemann wies nochmals darauf hin, dass der Alternativvorschlag der Verwaltung auch auf Initiative dieser beiden Beschlussvorlagen, deren Qualität jedoch als nicht auszureichend zu bezeichnen sei, erarbeitet wurde und richtungweisende Impulse darstelle.

Die Parkplätze nicht als Allheilmittel bezeichnend, stellte **Herr Laue, SPD-Fraktion**, die Stellplätze in der Flössergasse sowie die Überarbeitung des Nahverkehrsplans zur Verlegung von Buslinien in die Zerbster Straße als die richtige Lösung dar. Sein Vorschlag sei daher, kleinere Schritte in der Entwicklung zu machen und weiterhin zu beobachten. Die Beschlussvorlagen gehen an dieser Stelle zu weit.

Nachdem kein weiterer Diskussionsbedarf bestand, ließ **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt**, über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

3 : 3 : 0

Die Vorlage wurde abgelehnt.

**5.2. Errichtung von Parkmöglichkeiten auf dem Marktplatz Zerbster Straße
(Ausreichung der Beschlussvorlage erfolgte bereits zur Sitzung am
09.10.2007)
Vorlage: DR/BV/187/2007/DE/FV**

Nachdem die Thematik bereits im vorangegangenen Tagesordnungspunkt Behandlung fand, ließ **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt**, über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

2 : 4 : 0

Die Vorlage wurde abgelehnt.

**5.3. Beschluss über die Befreiung von Festsetzungen des B-Planes Nr. 112
"Hans-Heinen-Straße" für das Grundstück Humperdinckstr. 26, 27, Ge-
markung Dessau
Vorlage: DR/BV/140/2008/VI-61**

Einführungsbedarf bestand nicht.

Da er in der straßenseitigen Einfriedung durch eine Sichtbetonmauer in unmittelbarer Nachbarschaft des Umweltbundesamtes Bedenken sehe, machte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, den Vorschlag über die Beschlüsse einzeln abzustimmen. Es sei städtebaulich nicht nachvollziehbar, die Gestaltung der Einfriedung wie geplant auszuführen.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege, machte deutlich, dass die Diskussionen zur Gestaltung der Mauer noch nicht abgeschlossen seien. Die Notwendigkeit der Abgeschlossenheit der Grundstücksecke sei jedoch nachvollziehbar, deren Gestaltung noch zu verhandeln.

Da der betroffene Bauherr anwesend war, erteilte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt**, nach einstimmiger Zustimmung des Gremiums, das Rederecht an **Frau Ackermann, Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH**, die zum Bauvorhaben erläuterte, dass jede Wohnung mit einem Stellplatz sowie barrierefreiem Zugang ausgestattet werde. Das Gesamtensemble soll einen geschlossenen Bereich im Innenhof bilden, dessen Einfriedung nach Abstimmung mit dem Planer und dem Stadtplanungsamt ausgeführt werde. Die bislang vorgesehene Ausführung kann optimiert und als Entscheidungsgrundlage in Varianten vorgestellt werden.

Herr Schönemann schlug vor, dem Beirat für Stadtgestaltung die optimierten Varianten vorzulegen.

Man entscheide heute über die Befreiung von Festsetzungen des B-Plans, so **Herr Dr. Schmidt**, also sei die Beschlussvorlage zurückzustellen oder der 3. Beschlussvorschlag aus der Entscheidung heraus zu lösen.

Die Festlegungen des B-Plans hinsichtlich der Einfriedungen beziehen sich auf den Innenbereich, erklärte **Frau Jahn**.

Eine massivere Ausführung der Einfriedung befürwortend, fragte **Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, ob den anderen Eigentümern gleiche Rechte einzuräumen oder der B-Plan zu ändern sei.

Die Befreiung sei Mittel zur Genehmigung von Ausnahmen, so **Frau Jahn**, derzeit werde geprüft, ob der B-Plan aufzuheben sei.

Um die Beschlussvorlage – wie eingereicht – zu beschließen, schlug **Herr Bürgermeister Gröger** vor, den Auftrag an die Verwaltung zu erteilen, die Detaillierung zum Beschlusspunkt 3 nach Behandlung im Gestaltungsbeirat erneut im Bauausschuss vorzustellen.

Auf Anregung des **Herrn Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, wurde der Punkt 3 der Beschlussvorlage wie folgt ergänzt: "Die Art der Gestaltung ist mit dem Beirat für Stadtgestaltung abzustimmen und im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vorzustellen."

Mit dieser Änderung wurde, nachdem kein weiterer Diskussionsbedarf bestand, über die Beschlussvorschläge abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

5.4. Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des rechtswirksamen Bebauungsplanes Nr. 147 "Schlachthof Dessau-Nord" (Vorbehaltlich der Beschlussfassung in der OB-Dienstberatung am 28.04.08) Vorlage: DR/BV/161/2008/VI-61

Die Problematik des Tierheims sei allgemein bekannt, führte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, aus. Nachdem bislang die Suche nach einem Alternativstandort betrieben wurde, habe man die Bestätigung zum Verbleib am derzeitigen Standort erhalten, so dass man beim Ersatzneubau auf die vorhandene Infrastruktur zurückgreifen könne und damit Kosten spare. Zur anteiligen Finanzierung der Baumaßnahme innerhalb des B-Plangebiets wurde bereits mit dem Bauministerium Kontakt aufgenommen. Die hier zu beschließende Änderung des B-Plans diene der Herstellung des Baurechts auf der Grundlage des geänderten Teilflächenutzungsplans.

Nach Anmerkung des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, wonach die anliegende Kartengrundlage nicht dem aktuellen Stand entspreche, sicherte **Herr Bürgermeister Gröger** zu, dies vor der Ausreichung der Vorlage für die Stadtratssitzung korrigieren zu lassen.

Weitere Anfragen wurden nicht geäußert, so dass die Beschlussvorlage zur Abstimmung gebracht wurde.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

5.5. Satzung über die Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr 104-

B Industrie- und Gewerbegebiet Köthener Straße"
(Vorbehaltlich der Beschlussfassung in der OB-Dienstberatung am
28.04.08)
Vorlage: DR/BV/162/2008/VI-61

In seiner Einführung wies **Herr Schmidt, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf den ausgehängten Entwurf des B-Plans 104-B hin, und erläuterte, dass entgegen den Festsetzungen des Bebauungsplans ein Bauantrag für einen Lebensmittelstandort im Gebiet vorliege. Heute sei ein Votum notwendig, wie mit dem B-Plan, insbesondere dem beantragten Einzelhandelsstandort, umzugehen sei. Die zum Beschluss eingereichte Veränderungssperre verhindere diesen Standort, der zur Schwächung der zentralen Versorgungseinrichtungen im Bereich Zoberberg führen würde. Abschließend plädierte Herr Schmidt für eine Manifestierung der Ziele des Bebauungsplanes.

Auf Nachfrage des **Herrn Böhler, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM**, hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse am betroffenen Grundstück, erläuterte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, dass es sich im Bereich der Wohngebäude um einen MEAG-Nachfolger und im dahinterliegenden Grundstück um die Stadtwerke handele, die nach Aufsichtsratsbeschluss diesen Bereich an den Investor veräußerte. Problematisch sei an dieser Stelle, dass es sich nicht um einen nach § 34 zu beurteilenden Einzelhandelsstandort handele, sondern dass der Bauantrag für einen Markt mit ca. 950 m² eingereicht wurde. Dem entsprechend sei eine Beurteilung mit Bauleitplanverfahren notwendig. Seiner Empfehlung nach solle über die Veränderungssperre die Bauleitplanung mit Offenlage und Beteiligungsverfahren voran getrieben werden und der Stadtrat die Ziele des Verfahrens abschließend billigen.

Man stehe hier vor einem Dilemma, so **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, da einige Stadträte im Aufsichtsrat der Stadtwerke ihre Entscheidungsfindung nicht an die Beschlüsse der politischen Gremien orientierten. Man schade diesen Gremien und es bedürfe einer breiten öffentlichen Darstellung in der Stadtratssitzung. Für ihn sei es ein Skandal, dass Mittel, wie eine Veränderungssperre notwendig werden, um beschlossene Ziele weiter zu verfolgen. Er sei entsetzt, wie im Rahmen der letzten Sitzung des Stadtrats mit dem zum Beschluss vorliegenden Einzelhandelsgutachten umgegangen wurde. Er unterstelle eine unlautere Form der Vorgehensweise und bat an dieser Stelle um Zustimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage, damit die Betroffenen ihre Entscheidung nochmals überdenken können.

Jede Art von Unterstellung zurück weisend, erwiderte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**, dass die Verfahrensweise des Aufsichtsrats keiner Rechtfertigung bedarf. Die Gründe zum Verkauf der Teilfläche durch die Stadtwerke seien hier nicht das Thema. Dem gegenüber müsse man ebenso den Missstand vor Ort sowie wirtschaftliche Betrachtungen des Unternehmens Stadtwerke in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Notwendig sei es nun, eine gemeinschaftliche Lösung, einen Kompromiss zu suchen und die nötige Ehrlichkeit dem Investor gegenüber zu erhalten.

Herr Hofmeister, Fraktion Pro Dessau-Roßlau / NEUES FORUM, sprach sich für die Veränderungssperre aus, da an dieser Stelle ein Einzelhandelsstandort nicht zuzulassen sei, der die benachbarten Standorte schädige.

Bereits im Jahr 2002 habe man die Ziele des B-Plans konkretisiert, erinnerte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, um der ungesteuerten Entwicklung des Einzelhandels entgegen zu wirken. Mittlerweile haben sich die Rahmenbedingungen nicht verbessert, eher weiter verschlechtert. Daraus folge, dass die Ziele des B-Plans fortzuschreiben und seine Rechtskraft zur erreichen sei.

Auch das Einzelhandelsgutachten gebe diese Empfehlung, bekräftigte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtplanung und Denkmalpflege**.

Auf die Ehrlichkeit dem Investor gegenüber zurück kommend, die durch Herrn Schönemann angemahnt wurde, erklärte **Herr Bürgermeister Gröger**, dass er in seiner Zeit als amtierender Oberbürgermeister bereits seine Zustimmung auf Anfrage des Rechtsanwalts Markworth zum Bauvorhaben sowie auf Anfrage der Stadtwerke zum Grundstücksverkauf, versagt hatte. Dem Investor gegenüber wurde niemals ein Einzelhandelsstandort in diesem Bereich in Aussicht gestellt. Für ihn sei auch die Entscheidung des Aufsichtsrats der Stadtwerke nicht nachvollziehbar. Der Stadtrat muss sich im Bauleitplanverfahren zu den Zielen bekennen und die weitere Entwicklung vorgeben.

Folgende Prämissen seien zu beachten, so **Herr Dr. Neubert**:

1. Städtische Interessen stehen über den Interessen von Unternehmen, mit eigenen Interessen.
2. Städtische Interessen der Stadtentwicklung im Ganzen stehen über städtischen Interessen in Teilen.
3. Entscheidungen seien ohne die Beeinträchtigung höhere Interessen zu fällen.
4. Das Einzelhandelsgutachten erhielt zwar kein Votum des Stadtrats aber eine Befürwortung zweier Ausschüsse.

Sein Appell richte sich demnach, in der Entscheidungsfindung die Interessen der gesamten Stadt im Auge zu haben.

Nochmals jede Unterstellung von sich weisend, wies **Herr Schönemann** darauf hin, dass sein Antrag die Beschlussvorlage zum Einzelhandelsgutachten lediglich als Information zur Kenntnis zu geben, eine mehrheitliche Zustimmung in der Stadtratssitzung fand.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage fand mehrheitliche Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:

5 : 1 : 1

5.6. Neugestaltung der Schwabestraße-Seminarplatz-Bauhausstraße-Bauhausplatz - Maßnahmebeschluss - (Vorbehaltlich der Beschlussfassung in der OB-Dienstberatung am 28.04.08) Vorlage: DR/BV/145/2008/VI-66

Einführend wurde durch **Frau Jung, Tiefbauamt**, der Umfang der Gesamtmaßnahmen erläutert, die auf dem städtebaulichen Wettbewerb basieren. Nach Aufnahme des Vorhabens als Projekt der Internationalen Bauausstellung werde die Gesamtrealisierung bis zum Jahr 2010 abgeschlossen werden.

Mit dem Hinweis auf die enge Zusammenarbeit mit dem Bauhaus, der Hochschule Anhalt, dem Arbeitsamt, der Deutschen Bahn u. a. im Wettbewerbsverfahren und der weiteren Planung, informierte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, über weitere Beratungen mit den Anrainern, bevor der vorliegende Maßnahmebeschluss mit den erzielten Ergebnissen der Abstimmungen formuliert wurde.

Man habe ein Wettbewerbsergebnis mit breiter Zustimmung der Beteiligten, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau**. Diskussionen hinsichtlich von Detailfragen in der weiteren Planung werde es immer geben.

Auf Nachfrage von **Herrn Laue, SPD-Fraktion**, zum Beschlusspunkt 2, erläuterte **Frau Jung**, dass es sich bei der Mittelfreigabe vor dem Haushaltsbeschluss um notwendige Mittel zur Vergabe der Ausführungsplanung in Vorbereitung der Ausschreibung der Bauleistungen handele. Die zeitnahe Vorbereitung sei nötig, um den eng gesteckten Zeitplan bis zum Jahr 2010 einhalten zu können.

Nachdem die Ergebnisse des Wettbewerbs in der weiteren Planung detailliert wurden, müsse man einige Punkte diskutieren, so **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**. Der Bereich des Bauhausplatzes, der entsprechend der Planung eine starke Überformung des Bestandes erfährt, bedarf einer guten Vermittlung in der Öffentlichkeit. Am Seminarplatz sei die Errichtung von Hochborden im Zusammenhang mit dem Fahrradverkehr zu prüfen. Die vorgesehenen Straßenbreiten seien hinsichtlich einer Reduzierung zu prüfen. Des Weiteren sei geplant, so genannte Schlitzrinnen einzubauen, die äußerst wartungsanfällig seien. Hier müsse man Variantenuntersuchungen anstellen, um die Folgekosten zu reduzieren. Abschließend wies er darauf hin, dass im Bereich Seminarplatz geplant sei, zwei Großbäume zu fällen, dessen Notwendigkeit er hinterfragte.

Die Schlitzrinnen als wichtiges Gestaltungselement im Bereich Bauhaus bezeichnend, erläuterte **Frau Jung**, dass für die Bauhausstraße die Fortsetzung dieses Erscheinungsbildes vorgesehen sei. Durch Reinigung der Rinnen in kürzerem Turnus soll der Pflegeaufwand minimiert werden. Auch die gewählten Straßenbreiten seien ein Gestaltungselement des Architekten, um den Proportionen zu entsprechen, ergänzte **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**. **Herr Bürgermeister Gröger** sagte zu, dieses als Prüfauftrag mitzunehmen und mit dem Architekten zu besprechen. Er stimme Herrn Dr. Schmidt zu, dass die Maßnahmen am Bauhausplatz der Öffentlichkeit zu vermitteln seien.

In Bezug auf die Radverbindungen, erläuterte **Herr Richter, Amt für Ordnung und Verkehr**, die Bereich der Bordabsenkungen.

Wegen der vorgesehenen Bäumfällungen verwies **Frau Jung** auf die einzuhaltenden Abbiegeachsen. Da die vorgesehenen Baumaßnahmen Schäden an den Bäumen verursachen würden, so **Herr Bekierz, Leiter des Amts für zentrales Gebäudemanagement**, habe man sich auf Ersatzpflanzungen verständigt. Auch dieses Detail werde man, ergänzte **Herr Bürgermeister Gröger**, mit dem Planer besprechen.

Den **Anträgen** des Herrn Dr. Schmidt, die folgenden Prüfaufträge an die Verwaltung zu erteilen:

1. Prüfung der Ausführung von Schlitzrinnen zur Reduzierung der Folgekosten
2. Prüfung der Vermeidung der Fällung großkroniger Bäume im Bereich Seminarplatz

wurde **einstimmig zugestimmt**.

Weiterer Diskussionsbedarf bestand nicht. Der Beschlussvorlage wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 0

5.7. Nahverkehrsplan der Stadt Dessau-Roßlau für den Zeitraum 2008 bis 2015 (Überarbeitete Fassung der bereits zur Sitzung am 08.04.2008 ausge-

**reichten Beschlussvorlage, vorbehaltlich der Beschlussfassung in der
OB-Dienstberatung am 28.04.08)
Vorlage: DR/BV/100/2008/VI-66**

Einführend verwies **Herr Link, Tiefbauamt**, auf die Diskussionen der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am 08.04.2008, die zur Zurückstellung des Nahverkehrsplanes, verbunden mit dem Prüfauftrag zur besseren Anbindung der Zerbster Straße an den Öffentlichen Personennahverkehr, führten. Die daraufhin überarbeiteten Teile des Nahverkehrsplans wurden erläutert und anhand einer Präsentation die Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten der Linienführung über die Zerbster Straße dargestellt. Als Vorzugsvariante stellte Herr Link die Führung der Linien 12 und 127 dar, da im Vergleich zu den beiden anderen Alternativen diese Lösung am ehesten zur geforderten Belebung der Zerbster Straße durch Anbindung des ÖPNV ohne zu starke Beeinträchtigungen führe.

Entsprechend dem Auftrag aus der letzten Ausschusssitzung, ergänzte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, sei es gelungen, unter Beibehaltung der Ziele des Verkehrsentwicklungsplans, einen hohen Anteil des Busverkehrs in diesen Bereich zu verlegen, ohne negative Auswirkungen hinsichtlich der Aufenthaltsqualität befürchten zu müssen.

Die durch **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, angefragte Verknüpfung der Linien, sei im Nahverkehrsplan enthalten bestätigte **Herr Link**. Hinsichtlich der Parallelität von Regional- und Stadtlinien erläuterte er die Abstimmungen mit dem Landkreis Wittenberg.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt und fand Zustimmung.

Abstimmungsergebnis:

5 : 0 : 1

**5.8. Umsetzung der Energieeinsparverordnung (EnEV) an allen langfristig nutzbaren kommunalen Gebäuden bis zum Jahr 2020
(Ausreichung der Beschlussvorlage erfolgte bereits zur Sitzung am
08.04.2008)
Vorlage: DR/BV/133/2008/CDU**

Den Hintergrund der Beschlussvorlage mit der Ergreifung von Maßnahmen zum Klimaschutz erläuternd, sprach sich **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, dafür aus, die Punkte als Anregung für die Haushaltsdiskussion 2009 zu nehmen, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten, dass eine Energieoptimierung des Gebäudebestandes bis zum Jahr 2020 vorsehe.

An dieser Stelle seien die Intentionen von Politik und Verwaltung identisch, erklärte **Herr Becker, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**. Er sehe in dem benannten Zeitraum jedoch das Problem, die energetische Aufwertung des Gesamtbestandes zu erreichen.

Als Angebot der Verwaltung beschrieb **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, dass nach Erarbeitung einer Prioritätenliste mit der Auflistung der wichtigsten Objekte und unter Berücksichtigung der bereits aufgewerteten Bestände, dem Ausschuss eine entsprechende Beschlussvorlage zur Abstimmung vorgelegt werde.

Vor diesem Hintergrund, so **Herr Dr. Schmidt**, werde die Vorlage durch den Einreicher **zurück gezogen**.

Mit dem Hinweis auf die laufenden Maßnahmen des Energiemanagements der Verwaltung seit dem Jahr 2003 und der zwischenzeitlich erzielten Ergebnisse, übergab **Herr Bekierz** den aktuellen Energiebericht 2007.

Es bestand kein weiterer Diskussionsbedarf.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1. Informationen des Dezernats für Bauwesen und Umwelt

6.1.1. Auslastung der bestehenden Stellplätze in der Flössergasse, Ausdehnung der Anlieferzeiten in der Zerbster Straße sowie deren Öffnung für den Busverkehr

Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt, verwies auf die ausgereichte Tischvorlage. Eventuelle Rückfragen zur Thematik können auch in der nächsten Sitzung beantwortet werden.

Kenntnis genommen.

6.1.2. Verkehrskonzept im Bereich der Museumskreuzung

Wie bereits zur Abstimmung der Tagesordnung festgelegt, wurde dieser Punkt auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Somit wird die Information zum Verkehrskonzept im Bereich der Museumskreuzung **zurück gestellt**.

6.2. Sonstige Anfragen und Informationen

Auf Nachfrage des **Herrn Mau, CDU-Fraktion**, zum Sachstand des Genehmigungsverfahrens des Bauvorhabens in der Magdeburger Straße, informierte **Herr Gröger, Bürgermeister und Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt**, über laufende Verhandlungen zur straßenseitigen Erschließung in Vorbereitung der Kreuzungsvereinbarung. Ergänzend verwies **Herr Schmidt, Amt für Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf den in Bearbeitung befindlichen städtebaulichen Vertrag und laufende Gespräche zu den parallel geführten Vorhaben in der Magdeburger Straße und am Schillerplatz.

Da die Zustimmung zur Beschlussvorlage nur unter der Voraussetzung erteilt wurde, dass beide Vorhaben zeitlich synchron und in gleicher Qualität realisiert werden, hinterfragte **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, ob Hinweise vorliegen, die dieses in Frage stellen.

Die Parallelität sei derzeit gewahrt, antwortete **Herr Schmidt**, der Bauantrag für das Vorhaben in der Magdeburger Straße liege bereits vor, der für den Schillerplatz wurde durch den Investor für die kommende Woche angekündigt.

Im Weiteren informierte **Herr Schmidt** hinsichtlich des Planungsstandes im Verfahren Wohnbebauung Feuerherdtstraße, insbesondere in Bezug auf die Einordnung der Straßen als öffentliche oder Privatstraßen. Nach Prüfung der Gegebenheiten – entsprechend dem Arbeitsauftrag aus dem Gremium - bleibe die Verwaltung aus fachlicher Sicht sowie auf Grund der Haushaltssituation bei dem Ergebnis, eine der Straßen im Status Privatstraße zu belassen. Dies wird in das Abwägungsergebnis einfließen, welches in der nächsten Ausschusssitzung Behandlung finde.

Das Schreiben, welches ihm durch Frau Fürich, Scheplake 8a zur heutigen Sitzung übergeben wurde, habe er zur Kenntnisnahme an das Tiefbauamt weiter geleitet, informierte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses**. Eine Antwort an Frau Fürich sei bereits erarbeitet worden, so **Herr Bürgermeister Gröger**. Die Bürger werden zu einer Informationsveranstaltung eingeladen.

Auf Nachfrage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, wann die zurück gestellte Vorlage zu den Brenntagen wieder auf die Tagesordnung komme, antwortete **Herr Bürgermeister Gröger**, dass zur Sitzung am 24.06.08 über diese Problematik zu beraten sei.

Im Zusammenhang mit dem Thema „Bauhausstadt“ legte **Herr Dr. Schmidt** Fotos vor, die im Bereich Medicusstraße einen Lichtmast zeigen, der in direkter Achse die Sicht auf eine Vasenskulptur verstellt (sh. Anlage 2). Im Bereich des Umweltbundesamts sei zu prüfen, ob die Fahrradverbindung aus dem Park an der Werderstraße mit einer Bordabsenkung ausgestattet werden könne und der benachbarte Stellplatz für Abfallcontainer, der sich in direkter Sichtachse befindet, einen neuen Standort erhalten könne (sh. Anlage 3). **Herr Bürgermeister Gröger** sagte die Prüfung und schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Auf Nachfrage des **Herrn Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, zu den Baumaßnahmen im Bereich Antoinettenstraße / Ecke Friedrichstraße sowie Antoinettenstraße / Ecke Ferdinand-von-Schill-Straße, informierte **Herr Bürgermeister Gröger**, dass es sich hier um ehemalige DWG-Objekte handele, die nach dem Verkauf durch private Investoren saniert werden.

Weitere Anfragen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:15 Uhr schloss.

Dessau-Roßlau, 23.06.08

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Schriftführer